

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 23. September. Se. Majestät der König haben Allernächst geruht: Dem Großherzoglichen badenschen Legations-Rath Dr. Minet im Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten und dem Großherzoglichen badenschen Kammerherrn und Ministerial-Rath von Dusch im Ministerium des Innern, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem Regierungs-Sekretär, Kanzlerath Oberstolz zu Aachen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Schleifennemüller Karl Schoenbrunn zu Brieg und dem Küster und Schullehrer Poethko zu Bluno im Kreise Höverswerda, das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Sergeanten Asmus vom Litauischen Ulanen-Regiment Nr. 12, dem Unteroffizier Storbeck vom 3. Garde-Regiment zu Fuß und dem Grenadier Irzykowski vom 3. Ostpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 4, die Reutungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der Landgerichts-Assessor Triacca in Köln ist zum Advokaten im Beirat des Königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Montag 22. Sept. Abends. Die hiesigen Journale melden, daß der Prinz und die Prinzessin Napoleon heute Abend nach Turin abreisen werden, und daß der französische Gesandte zu Turin, Benedetti, heute Abend dorthin zurückkehren werde.

Belgrad, Montag 22. Sept. Ali Bey geht morgen als Kommissar der Pforte mit einem serbischen Senator nach Uschiha, um die Schleifung der Festung anzuordnen und so den Streit zu beenden. Die Ankunft des englischen Gesandten Bulwer aus Konstantinopel wird Freitag erwartet.

Ragusa, Montag 22. Sept. Gestern haben zur Feier des abgeschlossenen Friedens in Cettigne Festlichkeiten stattgefunden. Die Bedingung wegen der anzulegenden Militärstrafe ist ratifiziert worden. Die Landesverweisung Mirko's ist Omer Pascha anheimgestellt worden.

Bei einer neuen Minister-Kombination

steht schon seit Monaten der Name v. Bismarck im Vordergrunde und selbst liberale Blätter haben sich an diesem Namen nicht gestoßen. Wenn wir aber die Aufgabe ins Auge fassen, welche unserm künftigen Ministerium zufällt, so verstehen wir in der That nicht, wie dieselbe einem Ministerium v. Bismarck ohne Bedenken sollte anvertraut werden können. Eine energische Vertretung nach Außen, insbesondere gegen die habsburgische Politik, und die Vermittlung eines Zusammengehangs mit Frankreich, wie sie Herr v. Bismarck in Aussicht stellt, sind an sich zwar Dinge von großem Werthe, denen einige andere Rücksichten geopfert werden dürfen, aber das Ministerium wird sich sofort der Notwendigkeit gegenüber befinden, endlich die organische Gesetzgebung in die Hand zu nehmen und den lang vermischten Ausbau der Verfassung in einer Weise zu fördern, daß in der nächsten Session die Ausführungsgezege unbedingt zur Erledigung kommen. Dieses ganze Jahr ist nutzlos verstrichen, nicht einmal das Pfarrgesetz ist vom Mai bis jetzt zu Stande gekommen, in einer Landtagsperiode, die an Diäten schon 150,000 Thlr. verschlungen hat. Es ist dringende Pflicht der Regierung, das künftige Ministerium so zusammenzusetzen, daß Aussicht ist, das wieder einzubringen, was in diesem Jahre an Zeit und Geld verschwendet ist. Zur Erledigung liegen vor: das Minister-Berantwortlichkeitsgesetz, das Unterrichtsgesetz, das Ehegesetz und die Gemeinde-Ordnung. Dazu gehören, glauben wir, andere Männer, als Herr v. Bismarck und Genossen, wie er sie wählen würde. Es darf nicht vergessen werden, welche Position er früher der verfassungstreuen Partei gegenüber einnahm, wie oft der Führer der Liberalen, v. Vincke, und der Führer der Rechten, v. Bismarck, einander mit Lauge begossen, und es darf nicht erwartet werden, daß dieser in der Atmosphäre, in der er seit seinem Ausscheiden aus dem Kreise der Abgeordneten gelebt hat, mit seinen Traditionen werde gebrochen haben.

Sollte Herr v. Bismarck in der That das Portefeuille des Auswärtigen und die Präsidenschaft übernehmen, so ist zweierlei anzunehmen, daß er entweder mit dem gegenwärtigen Ministerium weiterarbeitet, oder dasselbe aus anderen gemäßigten Mitgliedern der Kreuzzeitungspartei zusammensetzt. An die Ultraliberalen wird er sich weder wenden, noch werden diese in sein Ministerium eintreten wollen, das sie auf alle Fälle nur als ein Übergangsministerium betrachten würden.

Wenn die verschiedenen aus Berlin folgten Nachrichten wahr sind, so liegt es allerdings in der Absicht, vorübergehend ein Ministerium aus der Rechten an's Ruder zu bringen, und dann zu einem liberalen zurückzukehren, damit man den Schein vermeide, einer Pression des Abgeordnetenhauses zu weichen. Aber wir würden es für ein Unglück halten, dem Schein solche Opfer zu bringen, des Scheins wegen die wichtigsten Entscheidungen zu vertagen.

Gleichwohl bleibe es noch fraglich, ob der Schein wirklich damit gerettet würde, ob nicht vielmehr der Konflikt zwischen den Gesetzgebungs faktoren sich steigern und zuletzt zu einem Bruch führen würde, der den Sturz des reaktionären Ministeriums in noch elatanterer Weise als ein Postulat des Abgeordnetenhauses erscheinen ließe. Die Regierung kann nur durch eine rechtzeitige Nachgiebigkeit gewinnen und sich nicht bloß den Schein, sondern das wahre Fundament ihrer vollen Autorität erhalten, nicht durch Manövers, wie sie ihr von verfassungsfeindlicher Seite empfohlen werden.

Wir reden dem parlamentarischen Regiment in dem Sinne, daß der Schwerpunkt der Gewalt in das Unterhaus gelegt werde, nicht das Wort, darum möchten wir die Regierung erinnern, daß sie nicht wider Willen fortfahre, das Abgeordnetenhaus auf ihre Kosten zu stärken, wie

sie im Laufe dieses Jahres begonnen hat. Wenn der gegenwärtige Krieg fort dauert, wird sie ganz allein die Kosten tragen.

In einem Ministerium v. Bismarck sehen wir keine Lösung des Konflikts, sondern nur eine Hinauschiebung und Schärfung. Wir empfehlen der Regierung aber auch nicht ein Ministerium aus der Majorität des Abgeordnetenhauses, sondern aus der Minorität. Wenn sie so großen Werth daran legt, den Schein freien Handelns zu retten, so wird sie auf diesem Wege am ersten ihre Pflichten gegen die Verfassung mit ihren Gefühlen für ihre Autorität vereinigen können. Das Zusammengehen mit der Minorität läßt eine Pression nicht nur minder hervortreten, sondern in dieser Minorität findet die Regierung auch gerade die Kräfte, welche gleich sehr den Grundgedanken der Verfassung in sich aufgenommen, wie Energie für deren Ausbau bewiesen, gleich sehr die Rechte des Volks, wie der Throne vom Anfang unseres Verfassungsbetriebs vertreten haben.

Namen wie v. Carlowitz, Simson, v. Vincke, Grabow, Behrend, Camphausen, v. Sybel, Stavenhagen zwischen die Krone und das Land als Vermittler gestellt, würden bald den Normalzustand wieder herstellen und einem Ministerium die Bedingungen der Dauer gewähren. Wir sind von der Gewissheit durchdrungen, daß über kurz oder lang die Regierung zu solchen Namen greifen werde. Möchte sie sich nicht zu lange gegen das Unvermeidliche sträuben!

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 22. September. [Verlauf der Ministerkrise; Hr. v. d. Heydt; Hr. v. Bismarck.] Sie wissen bereits, daß die Nachricht von dem Rücktritt des Finanzministers, welche am Freitag allgemeinen Glauben gefunden hatte, durch das Erscheinen des Hrn. v. d. Heydt auf der Ministerbank des Abgeordnetenhauses widerlegt worden ist. Der genauere Sachverhalt wird von gut unterrichteter Seite dahin angegeben, daß Hr. v. d. Heydt Sr. Maj. dem König nicht ein förmliches Entlassungsgesuch, sondern ein motiwirtes Gutachten über die parlamentarische Situation und über die Konsequenzen vorgelegt hat. Daran knüpft sich der Hinweis auf eventuelle Verabschiedung falls die vorgetragenen Ansichten nicht die Zustimmung Sr. Majestät erhalten sollten. Wie es heißt, ist von allerhöchster Seite keine förmliche Entscheidung, sondern die Zurücksendung der Vorstellung erfolgt, um den ganzen Vorgang gewissermaßen ungeschehen zu machen. Sicher ist, daß Hr. v. d. Heydt auch noch an den jüngsten Ministerberathungen teilnahm. In der Freitagsitzung des Staatsministeriums, welcher auch der Kronprinz beiwohnte, soll die Auffassung, daß die Regierung außer Stande sei, in Betreff des Militäretats über die Linie der bisher gemachten Zugeständnisse hinauszugehen, entschieden die Oberhand gewonnen haben. Damit ist jedoch keineswegs gefragt, daß die Ministerkrise völlig beseitigt sei. Vielmehr darf als gewiß gelten, daß Graf Bernstorff seine Entlassung nachgejagt hat. Die Verhandlungen mit Hrn. v. Bismarck-Schönhausen sollen bereits dem Abschluß nahe sein. Man erwartet, daß der genannte Diplomat den Vorsitz im Staatsministerium und zugleich das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen wird. Vielleicht würde darüber schon zur Stunde etwas Bestimmteres verlauten, wenn die diplomatische Stellung des Hrn. v. Bismarck nicht gewisse Rücksichten verlangte. Jedenfalls sind es augenscheinlich die Schwierigkeiten der inneren Politik, nicht irgend eine auf die auswärtigen Verhältnisse bezügliche Kombination, welche gegenwärtig die Berufung des Hrn. v. Bismarck veranlassen. Die abenteuerlichen Projekte, welche einzelne Korrespondenten derselben zuschreiben, sind wahrscheinlich von ihm weder amtlich noch vertraulich aufgestellt worden, und am allerwenigsten können sie ein Programm der auswärtigen Politik bilden, welches König Wilhelm zur Aufgabe seiner Regierung macht. An der ganzen Sache dürfte nicht mehr wahr sein, als daß Hr. v. Bismarck wenig Vorliebe und Vereinigungsmöglichkeit für ein englisches Bündnis hat, größeren Werth auf die Beziehungen zu Russland und Frankreich legt und ganz der Mann ist, um den Annahmen oder der Tücke Ostreichs mit geharnischten Maßnahmen gegenüberzutreten. Das reicht allerdings hin, um ihn zu einem Schreckbild für die Diplomatie und für die Presse Ostreichs zu machen.

Berlin, 22. September. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König empfing heute Vormittags auf Schloß Babelsberg den k. Geistlichen v. Bismarck-Schönhausen und hatte mit demselben eine längere Unterredung. Mittags kehrte Herr v. Bismarck von Potsdam hier zurück und begab sich sofort zum Minister Grafen v. Bernstorff ins auswärtige Amt. — Morgen gedenkt der König von Potsdam ins hiesige Palais zu kommen, um mit den Ministern zu arbeiten. Seine Reise nach Baden-Baden ist jetzt bestimmt auf Sonntag Abend angesetzt. Zum Geburtstage der Königin werden am 30. d. Mts. auch der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin in diesem Kurorte anwesend sein. Wie ich hörte, will der Kronprinz, bevor er mit seiner Gemahlin die längere Reise antritt, nochmals nach Berlin kommen. Zur Begleitung für diese Reise sind bestimmt der Adjutant Oberstleutnant v. Obernitz und die Hofdame Gräfin v. Brühl. — Der Prinz Friedrich Karl ist gestern früh aus Preußen, woselbst er Jagden auf Elchwild beigewohnt hat, wieder hieher zurückgekehrt. Der Prinz hat herrliche Gewebe von den erlegten Thieren mitgebracht, die zum Theil in seinem Jagdschlosse Plätze erhalten sollen. — Der General Graf v. d. Groeben, Mitglied des Herrenhauses, hatte am Sonntag Abend eine Unterredung mit Herrn v. d. Heydt, die anderthalb Stunde dauerte. Heute Nachmittags begab sich der General ins auswärtige Ministerium. — Der Inspekteur der Gardes-Kavallerie und der Militär-Reitschule, Generalleutnant v. Schlemüller, ist auf seinen Wunsch zur Disposition gestellt und hat den Kommandeur der 3. Kavallerie-Brigade, Generalmajor Baron v. d. Golz zum Nachfolger erhalten. — Das Monument, welches zu Gibraltar den im Kampfe gegen die Riffpiraten gefallenen Offiziere, Seesoldaten und Mannschaften gesetzt werden soll, ist nach Danzig abgegangen und wird von dort auf der

"Gazelle" nach seinem Bestimmungsort gebracht. — Mit der Niederrlegung unserer Stadtmauer vom Wasserthore bis zum Unterbaum wird es jetzt Ernst. Zu Moabit, am botanischen Garten und am Tempelhofer Berge sind schon die Baupläne für die neuen Steuergebäude bestimmt. In Moabit ist der Bau bereits in Angriff genommen. Zu Johannis 1863 sollen die neuen Steuergebäude vollendet das stehen. Die Besitzer der an der Stadtmauer gelegenen Grundstücke haben zur Entfernung der Mauer mancherlei Opfer gebracht.

— [Berichtigung.] Die "Berl. Allg. Ztg." schreibt: Die "Stern 3." brachte gestern einen Leitartikel, der wieder die Sachlage auf eine so unerhörte Weise verkehrt, daß man nicht laut genug die Regierung warnen kann, sich keinen thörichten Illusionen hinzugeben. Wir machen hauptsächlich auf zwei Irrthümer aufmerksam. 1) Wenn von Seiten unserer Partei der Regierung mehrfach die Sicherung ertheilt worden ist, die Kammermajorität erwarte nur ein Entgegenkommen seitens der Regierung, um ihrerseits die Hand zum Frieden zu bieten, so ist es ein heilloses Missverständnis, wenn man dies Entgegenkommen rein formell versteht will. Das bloße Wort "Indemnität", d. h. "wir bitten höflichst um Entschuldigung!" genügt durchaus nicht. Das Eingehen auf die Überzeugungen des Landes für das Budget von 1863 ist der Preis, um den die Indemnität für 1862 erfaucht wird. Unsere Freunde sind nach Pflicht und Gewissen bereit, Decharge für 1862 auch ohne diese Koncession zu ertheilen; aber sie bilden nur die Minorität; und wenn die Majorität nicht gewonnen wird, so liegt ein offener oder versteckter Verfassungsbruch, wenn man ihn auch jetzt nicht will, unabsehlich in der Logik der Thatsachen. Und die wirklichen Forderungen in Betreff des Budgets für 1863 sind — wir halten uns fest davon überzeugt — bei dem überwiegenden Theil der Majorität (z. B. der Fraktion Bockum-Dolfs) die nämlichen, wie die von uns gestellten. 2) Es ist ein verhängnisvolles Missverständnis, wenn die Regierung meint, die Stimmung des Landes wende sich mehr und mehr von der Majorität ab. Wenn wir uns durch richtige Beobachtung der Thatsachen vom Gegenteil überzeugt haben, so wird man das nicht für eine vorgefasste Parteimeinung halten.

— In diesen Tagen soll in Stuttgart der Inhalt der Antwortnote Württembergs festgestellt worden sein, welche auf Preußens Einwiderung auf die Ablehnung des französischen Handelsvertrags ertheilt werden soll. Württemberg beharrt darin auf seiner Ablehnung, wolle jedoch auf Verhandlungen über Tarif-Ermäßigungen u. s. w. eingehen. — Dem Vernehmen nach wird der Landtag auf Ende Oktober einberufen.

— Aus Schleswig-Holstein meldet man mehreren Zeitungen: Die Kopenhagener Blätter reproduzieren die Mitteilung eines deutschen Blattes von der Existenz eines geheimen Allianztraktats zwischen Dänemark und Schweden zwar, ohne dieselbe irgend ausdrücklich in Zweifel zu ziehen, doch geschieht dies offenbar blos, weil es für dänische Leser eines besonderen Dementis nicht erst bedarf. Denn daß es bisher zu keinem Vertragsabschluß zwischen Schweden und Dänemark gekommen ist, ist etwas, das man in Kopenhagen nicht erst besonders zu verichern braucht.

Köln, 20. September. Mit dem Nachzuge von England kommend, trafen heute Morgen der Graf von Paris und der Herzog von Chartres mit Gefolge hier ein und stiegen im "Königlichen Hof" ab. Die Prinzen werden in Eisenach erwartet.

Hannover, 20. Sept. [Die Untersuchung gegen den General v. Hedemann.] dauert fort. Hedemann soll, wie der "Cour" mittheilt, einen großartigen Missbrauch mit der Unterschrift des Königs getrieben haben, indem er in aller Stille Schulscheine mit der königlichen Unterschrift, auf Summen bis zu 10,000 Thlr. lautend, bei hiesigen Banquiers versezt, die solche dann wieder als Versatzobjekte verbrauchten. Solche Schulscheine sollen schon seit vielen Jahren kursiren.

Hessen. Kassel, 19. Sept. [Landtag.] Der "Weser-Ztg." wird berichtet: "Von Einberufung des Landtages verlautet noch nichts. Die Meinung, daß, nach Wunsch der "Hessen-Ztg.", dem Landtage nichts als das Wahlgesetz vorgelegt werden, wird immer gläublicher. Als Landtagskommisar hat man an Regierungsrath Mittler, an Staatsrat Scheffer und an die früheren Ministerialvorstände Sternberg und Goddans gedacht, sie sollen jedoch sämlich abgelehnt haben, doch ist die Reaktion unverkennbar im Steigen.

Nassau. Wiesbaden, 19. Sept. [Anleihe; Handelsvertrag.] Sicherem Vernehmen nach, berichtet die "Mittelrh. Ztg.", ist das Anlehen von 7,200,000 fl. in 4prozentigen Obligationen gestern definitiv mit dem Hause Rothschild in Frankfurt abgeschlossen worden. — Die "Wiesbad. Ztg." schreibt: "Unsere Berliner Nachricht von der mit Vorbehalt der Widerruflichkeit formulirten Ablehnung des deutsch-französischen Handelsvertrages Seitens der nassauischen Regierung sind wir in der Lage, heute zu bestätigen und dahin zu erweitern, daß die bezügliche Erklärung von hier aus bereits nach Berlin abgegangen ist."

Sächs. Herzogth. Gotha, 19. Sept. [Neues Papiergeld.] Eine heute erzielte Bekanntmachung des Ministeriums verbietet, daß die jetzt in Gültigkeit bestehenden gothaischen, allerdings in sehr desolatem Zustande sich befindenden Papieranweisungen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren (bis 12. September 1865) bei der hiesigen Staatskasse umgetauscht werden müssen, da sie nach Verstrich dieser Frist ihre Gültigkeit verlieren. Das neu auszugebende Papiergeld beträgt ebenfalls 400,000 Thlr. in Werthabschnitten von 240,000 Stück zu Einem Thaler und 32,000 Stück zu Fünf Thalern.

Großbritannien und Irland. London, 19. Sept. [Der Baumwollanbau in Indien; Protestantendemonstration.] Bei der gestern stattgefundenen Sitzung der Handelskammer hielt der aus Indien heimgekehrte Finanzminister, Mr. Raing, einen Vortrag über die Zustände in

